



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 13.07.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring ab TOP 3
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel ab TOP 4
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer ab TOP 3
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch ab TOP 3
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh ab TOP 3
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber ab TOP 3
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Lemli

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	ab TOP 8
Herr Buchmann, Kulturamt	TOPs 11 - 14
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Fessler Ordnungsamt	bis TOP 13
Herr Kopf, Hochbauamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	bis TOP 3
Herr Mildenberger, Hochbauamt	bis TOP 5
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Stiehle, Tiefbauamt	bis TOP 13
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Wilk, Hochbauamt	bis TOP 5

Gäste:

Herr Krämer-Mandau, Projektgruppe Bildung + Region	bis TOP 5
Herr Schütz, Projektgruppe Bildung + Region	bis TOP 5
ca. 70 Bürger	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Tod des Mitarbeiters Grismar	
2.	GymFestival	
3.	Bürgerfragestunde	
4.	Örtliche Schulentwicklung Schulentwicklungsplan (SEP)	133/2009
5.	Standortalternativen Neubau Schule	130/2009
6.	Anschaffung eines interaktiven Boards für Klassenführungen in der Stadtbücherei	65/2009 + 65/2009-1
7.	Fortführung des Präsenzdienstes in den Jahren 2010 und 2011	124/2009
8.	Bericht über das Umweltschutzförderprogramm der Stadt Biberach - Antrag der FDP-Fraktion -	129/2009
9.	Buswartehalle "Landratsamt Saudengasse"	127/2009
10.	Sanierung Bauteil P der Gymnasien (alte PG-Sporthalle) Planung und Kostenschätzung	120/2009
11.	Änderung der Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002	132/2009 + 132/2009-1
12.	Annahme von Spenden für das 1. und 2. Quartal	136/2009
13.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.06.2009	137/2009
14.	Geschäftsbericht des Vereins Lilienthal e.V. für die Jahre 2007 und 2008	118/2009
15.1.	Verschiedenes: Praxisjahr	
15.2.	Verschiedenes: GymFestival	
15.3.	Verschiedenes: Abwassergebühren	
15.4.	Verschiedenes: Außentüren Stadthalle	
15.5.	Verschiedenes: Schlussworte des ersten ehrenamtlichen Stellvertreters des Oberbürgermeisters	

Die Mitglieder wurden am 02.07.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 09.07.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Tod des Mitarbeiters Grismar

OB Fettback zeigt sich sehr getroffen vom tödlichen Unfall des Mitarbeiters Karl-Josef Grismar. Er sei ein langjähriger städtischer Mitarbeiter gewesen und früher beim Hochbauamt, heute beim Gebäudemanagement beschäftigt gewesen. Er bezeichnet ihn als tollen, sehr engagierten Mitarbeiter, der sehr fehlen werde, menschlich und inhaltlich. Er habe sich wesentlich auch um die Schulen gekümmert. Sein Mitgefühl gehöre den Angehörigen und Verletzten.

TOP 2 GymFestival

OB Fettback meint, man habe am vergangenen Wochenende ein tolles GymFestival gehabt. Er bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Helfern und allen Biberachern. Diesen gönne man nun ein paar Tage Ruhe bis Schützen.

Es wird applaudiert.

TOP 3 Bürgerfragestunde

Radwegenetz

Herr Heinz Maier bittet, das Radwegenetz zügig weiter auszubauen. Er dankt für die Erstellung des Radwegs Saulgauer Straße und fragt, wann er Richtung Stadt weitergeführt werde.

BM Kuhlmann verweist auf den neuen Weg entlang des Wolfentalbaches. Man versuche, in der Talsituation ein Fuß- und Radwegenetz aufzubauen, das in den nächsten Jahren nutzbar sein solle.

Kreisverkehr Mittelberg

Herr Heinz Maier fragt, wann der Kreisverkehr auf dem Mittelberg erstellt werde.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, dieser habe momentan keine Priorität, da wichtigere Maßnahmen anstünden.

Kulturaufwand

Herr Heinz Maier fragt, ob der hohe Aufwand auf dem Kultursektor weiterhin gerechtfertigt sei.

OB Fettback bezeichnet diesen als notwendig. Es handle sich nicht nur um Ausgaben im Freiwilligkeitsbereich, sondern diese seien wichtig für die Entwicklung Biberachs. Man müsse generell überlegen, wie man die nächsten zwei bis drei Jahre überbrücken könne, diese Überlegungen dürften sich aber nicht nur auf den Kultursektor beziehen. Biberach sei finanziell immer noch deutlich besser gestellt als die meisten Städte. Kulturaufgaben würden mithelfen, das Gemeinwesen, den Gemeinsinn und somit das Sozialkapital zu ermöglichen, zu stützen und fortzuentwickeln. Er sei überzeugt, Biberach stehe materiell auch jetzt noch so gut da, dass auch in Kultur, inklusive des Sports, investiert werden könne. Dies stärke die soziale Kraft einer Stadt. Natürlich schlage die Wirtschaftskrise auch auf Biberach durch. Man habe jedoch den großen Vorteil gegenüber anderen, noch Prioritäten setzen zu können. Man müsse mit Bedacht den Haushaltsplan 2010 angehen und diskutieren.

Weg zum Burren

Eine Frau fragt, ob es zutreffe, dass die Verbindung von der Burren-Wirtschaft zum Burren-Parkplatz geteert werden solle und welche Gründe es hierfür gebe.

OB Fettback bestätigt diese Planungen. Es gehe um eine Bundesmaßnahme, die durch das Land Baden-Württemberg verwaltet werde. Es handle sich um einen Teil des Trimm-Dich-Pfades. Intern habe man noch keine abschließende Klärung des Sachverhalts vorgenommen. Die Stadt werde nur als Träger öffentlicher Belange angehört.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 133/2009 zur Information vor. Als **Anlage 2** ist der Schulentwicklungsplan angeschlossen.

OB Fettback meint, die Chance über derartige Entwicklungen nachzudenken bestehe nur alle 50 Jahre. Man sei am Beginn einer ambitionierten Diskussion. Einigkeit bestehe darin, dass Entwicklungen in der Schul- und Sportmeile stattfinden sollten. Vieles, was im Gutachten dargestellt sei, sei ein Fakt wie z. B., dass 60 % der Hauptschulen im Land nicht zukunftsfähig, da nur einzügig, seien.

Er bezeichnet es als Anliegen, den Prozess so offen und transparent wie möglich zu gestalten. Die Deutlichkeit mancher Aussagen habe überrascht. So habe man sich im Kreis der Dezernenten bezüglich des Standortes der neuen Realschule auf Standort B geeinigt gehabt, sei durch die Ausführungen von Herrn Krämer-Mandau aber schwankend geworden. Man sei sich der Standortbrisanz bewusst, weshalb Gutachten erstellt würden, ob Standort A in Betracht komme. Ziel sei eine möglichst große Flexibilität. Man müsse realisieren, dass die Entwicklung bereits stattfinde und landespolitische Vorgaben bestünden.

Die betroffenen Schulleiter habe man vorab informiert und am 27.07.09 würden alle Schulleiter sowie die Träger der Bildungs- und Sporteinrichtungen informiert. Ferner habe man den Schulentwicklungsplan an die Umlandgemeinden geschickt. Im Herbst sei eine Standortentscheidung erforderlich.

Anschließend referiert Herr Krämer-Mandau 48 Minuten über den Schulentwicklungsplan. Er schickt voraus, dass zu dessen Erstellung vier Treffen mit den Schulen stattgefunden und dabei intensive Gespräche geführt worden seien. Man blicke von außen auf die Situation und versuche, sich der Region anzunähern.

Zu den Schulanmeldungen lässt er wissen, die Realschule liege im Trend. Die Hauptschule sei von 37 % auf 27 % gesunken in sechs Jahren, was erheblich aber landestypisch sei. Die Anmeldungen auf Gymnasien lägen mit 30 % weit unter denen der Realschule. Dies sei die Situation im Landkreis. Im Land verzeichne man enorme Verluste bei den Hauptschulen, die Realschulen stabilisierten sich und die Gymnasien verzeichneten erhebliche Zugewinne. Dies sei überraschend, da ein klarer Notendurchschnitt vorgegeben sei. Die Zeugnisse würden anscheinend jährlich um 1 % besser. Die Leistungsstärke sei dabei davon abhängig, ob ein Kind eine reine Grundschule oder eine Grund- und Hauptschule besuche. Reine Grundschulen machten klüger. Es seien sehr große Bildungs-, Leistungs- und Übergangsgefälle zwischen den Grundschulen in der Stadt feststellbar. Der Übergang auf die Hauptschule liege unterhalb der Landeslinie. Es bestehe die Gefahr, wenn die Hauptschule bei den Zukunftsentwicklungen nicht mitgenommen werde, dass sie abgehängt werde. Eine Bildungsreform über die Gebäudeentscheidung sei daher wichtig. Die Realschule sei enorm gewachsen. Der Anteil der Gymnasien liege schon immer zwischen 40 und 45 %. Sein Büro habe die Vorstellung, dass die Gymnasien nicht unter 45 % fielen, die Hauptschule deutlich unter 20 % liege und die Realschule ihre Spitzenwerte leicht reduziere. Wenn jedoch die Landkreiskinder die Bildungsreserven entdeckten, werde der Anteil der Gymnasien deutlich steigen. Einiges spreche dafür, dass eine Öffnung zwischen den Gymnasien und der Realschule notwendig sei. Auch eine Verbindung zwischen Hauptschule und Realschule sei stärker zu sehen und auch unabhängig von Landesentscheidungen nicht ganz sinnlos. Der Bildungsminister spreche im Blick auf die Real-

schulen und die Hauptschulen von einem Bildungszentrum und bezüglich der Ganztagesentwicklung seien keine Satelliten vorstellbar.

Zur Schulgröße lässt er wissen, insgesamt sei man sehr kleinräumig aufgestellt bei den Grundschulen, die in der Regel zwischen 23 und 21 Kinder verzeichneten. Bei den Sekundarschulen verzeichne man sehr viele Schüler und große Klassen. Die Realschule und die Gymnasien seien ausgesprochen gut ausgelastet. Frauen seien insgesamt noch nicht gleichberechtigt, aber schulisch weit voraus. Sie dominierten langsam die Gymnasien und die Jungs die Hauptschule. Daher sei bald eine Jungenförderung erforderlich. Eine große Kluft sei zwischen Deutschen und Ausländern/Aussiedlern feststellbar, weshalb Inklusion wichtig sei. Die Realschule habe von 1991 bis 2008 ihre Schülerzahlen fast verdoppelt. Von den 20 Hauptschulen im Kreis verzeichne keine mehr steigende Schülerzahlen. Vier bis fünf hätten die Möglichkeit, Werkrealschule zu werden. Würde sich alles auf den Standort Biberach fokussieren, könnte die Planung Makulatur werden, weshalb dringend ein Ausgleich mit den Nachbargemeinden erforderlich sei. Die Entwicklung der Gymnasien sei ruhiger auch durch das Bischof-Sproll-Bildungszentrum. Bezüglich der Bevölkerungsentwicklung habe man die Tendenzen der 90er Jahre nicht weitergeführt. Seit 2004 sei Biberach auf 32.000 Einwohner festgefroren. Bezüglich des Lebensalters verzeichne man im Land bei den 40 – 45-Jährigen die größte Gruppe. Schule baue aber im Wesentlichen auf die über 30-Jährigen auf. Der Kreis Biberach sei fast genauso zugeschnitten. Es seien daher enorme Verluste künftiger Eltern zu erwarten. In Biberach habe man jedoch einen Bauch bei den 10 – 25-Jährigen, weshalb die Entwicklung etwas anders getaktet sei als im Land. Daher verzeichne man nur kleine Verluste bei den Eltern und damit nur gering sinkende Kinderzahlen. Es sei daher kein so starker demographischer Rückgang wie beim Land zu erwarten, sondern man befinde sich derzeit in der Senke. In den Ortsteilen werde es jedoch zum Teil sehr eng werden. Dennoch schlage man vor, die Grundschulen zu belassen, so lange sie von den Eltern akzeptiert würden, gegebenenfalls auch mit Aushilfslehrern für bestimmte Fächer und mit Halbzügigkeit. Insgesamt sei festzustellen, Biberach sei stabil.

Die Förderschule sei auf dem Weg zur Integration und verzeichne immer weniger Kinder. Die Integration entwickle sich weiter und es stelle sich die Frage, ob überhaupt noch jemand aus den Jahrgangsgemeinschaften ausgegrenzt werden könne. Die Förderschule müsse sich daher bewegen und die Regelschule müsse im Grundschul- und Sekundarbereich offen sein und sich verändern.

Er bezeichnet Biberach als Bildungsmagnet der Region. Jeder zweite Schüler in den Sekundarschulen sei auswärtig. Beim Bischof-Sproll-Bildungszentrum seien dies bis zu 70 %, bei der Realschule bis zu 50 % und bei den Gymnasien ebenfalls, wobei am PG immer mehr Kinder aus dem Umland seien und das WG mehr auf Biberach bezogen sei. Wenn die Schulen besser würden, werde die Anziehungskraft für das Umland noch größer.

Zur Schülerentwicklung zwischen den Jahrgangsstufen stellt er fest, die Hauptschule sei relativ konstant. Die Realschule nehme viele Rückläufer auf und sei daher etwas unberechenbar. Es sei daher vernünftig gewesen, keinen Container aufzustellen, sondern die Klassen dort vorzusehen, wo viele Übergänge stattfänden. Die Gymnasien verzeichneten trotz G8 nur 7 – 10 % Verlust. Das Vertrauen der Eltern und damit der Zulauf nähmen daher zu. Der Zusammenhalt zwischen Realschule und Hauptschule sei sehr deutlich. Wenn die Hauptschule beschädigt erscheine, hätte man keine Realschule mehr, sondern eine Haupt-Realschule. Um dies zu vermeiden, müsse soweit als möglich Kooperation erfolgen. Er vermutet, der Belastungshöhepunkt der Realschule sei erreicht und es sei nicht verantwortbar, einen siebten Zug zu bauen. Dieser müsste sonst von der Stadt

selbst bezahlt werden. Das Land spreche von einem räumlichen Bildungszentrum. Die Schülerzahlen der Gymnasien seien konstant und langfristig werde Biberach dort keine Entspannung feststellen. Die Hauptschule und die Realschule seien achtzünftig zu sehen, wobei drei Züge in der Hauptschule vorhanden seien und fünf im Neubau. Wenn man die Überlegungen zur Inklusion aufnehme, könne ein Zug der Hauptschule als Förderschulzug genutzt und anerkannt werden. Nur durch die Kooperation von Hauptschule, Realschule und Förderschule seien sechs Klassen förderbar, ansonsten nur fünf. Anschließend geht er auf die zehn Empfehlungen seines Büros ein, die im Schulentwicklungsplan festgehalten sind und erläutert sie. Ob man sich für Standort A oder B bezüglich des Neubaus der Realschule entscheide, sei jetzt nicht definitiv klärbar. Beide hätten Vorteile gegenüber Standort C. Er stellt abschließend fest, Biberach habe eine große Chance zur Schulgestaltung und hätte mit einem Bildungszentrum das Maximum des Machbaren herausgeholt.

Es wird applaudiert.

OB Fettback lässt wissen, man plane eine sechszügige Realschule am Standort A oder B.

StR Dullenkopf führt aus, es sei ein spannendes Thema angesprochen, zu dem er gut ein Co-Referat halten könnte, worauf er jedoch verzichte. Ihm bereite die Entwicklung der Hauptschulen Sorge, da die Umlandbürgermeister es sich kaum leisten könnten, die Schließung ihrer Hauptschulen zu empfehlen. Dies funktioniere nur, wenn die Eltern erkennen würden, dass eine einzügige Hauptschule nicht sinnvoll sei. Der Begriff des Bildungszentrums gefalle ihm nicht, da er zu sehr auf § 17 Schulgesetz abhebe. Bildung finde jedoch in jeder Familie statt. Er dankt herzlich für die Untersuchung. Man merke dem Schulentwicklungsplan an, dass auch Unsicherheit zur Benennung bestehe. Eigentlich handle es sich um ein Schul- und Sportzentrum, denn Bildung finde in der gesamten Stadt an vielen Orten statt.

Die Empfehlungen seien gut und die Schulen sollten entscheiden, was sie letztendlich wollten. Die Politik komme erst an zweiter Stelle und zunächst seien die Schulen gefordert. Die Stadt müsse die räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen, wenn die Entwicklung in eine bestimmte Richtung gehe. Dies müsse optional in der Planung berücksichtigt werden. Eine alternative Untersuchung der Standorte A und B sei in Ordnung, wobei die CDU-Fraktion sich klar für Standort B positioniere.

Zur Zukunft der Braith-Grundschule meint er, diese müsse nicht jetzt entschieden werden. Sie sei auch abhängig vom Gebäude Memelstraße, das erst 2013 der Stadt gehören werde. Auch müsse man sehen, wie die Eltern mit der Inklusion umgingen. Man habe nun zweieinhalb Jahre Zeit, die Elternentscheidungen zu beobachten. Dann sei Ende 2011 eine Entscheidung erforderlich. Für die CDU-Fraktion sei es momentan klar, dass der Neubau der Realschule sechszügig erfolgen müsse, bei Berücksichtigung der Ganztagesangebote und mit Erweiterungsoptionen für Räume der Jugendmusikschule und anderer. Beispielsweise könnte man sich hier auch die Anlaufstelle für Ganztagsbetreuung vorstellen.

Herr Krämer-Mandau hält entgegen, die Entscheidung zur Braith-Grundschule sei zwar erst später erforderlich, in der Tendenz müsse sie jedoch schon jetzt erfolgen. Wenn alle drei Schulen zusammenarbeiteten, würden eventuell 2.000 m² vom Land gefördert. Im Schulentwicklungsplan werde vorwiegend von einem räumlichen Bildungszentrum gesprochen. Das Land gehe von Bildungszentren aus. Die Schulaufsicht erkläre, wenn ein Zug in der Hauptschule leer sei und die

Realschule sechszügig gebaut würde, dann würden nur fünf Züge bezuschusst. Das Land zwingt die Stadt daher, Position zu beziehen.

StRin Kübler lässt wissen, die SPD-Fraktion finde das Gutachten nur gut und sei sich sicher, dass für einen Großteil der Kinder ein räumliches Bildungszentrum eine hervorragende Perspektive biete. Man müsse die Rahmenbedingungen für die schrittweise Umsetzung ausloten und abstecken und habe jetzt eine Chance, die so bald nicht wiederkomme. Der Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahr 2008 zur Schulneuordnung sei mit diesem Gutachten weitgehend abgearbeitet. Über Veränderungen der Landesregierung könne man nur spekulieren. Sicher sei jedoch, dass Veränderungen erfolgten. Wenn man jetzt die Rahmenbedingungen schaffe, dann sollten diese unter dem Motto stehen, sich fit für die Zukunft zu machen. Der Standort der neuen Realschule müsse vor allem zukunftsfähig sein, weshalb man die Standorte A und B unvoreingenommen prüfen solle. Beide Standorte hätten Charme sowie Vor- und Nachteile. Man benötige weitere Fakten, beispielsweise sollten mögliche Synergien aufgezeigt werden, auch zur Senkung der Betriebskosten. Man müsse Kapazitäten für Ganztagesangebote schaffen, die auch sehr kostenintensiv seien. Daher könne die Bündelung verschiedener Institutionen zu den Bereichen Musik, Kunst, Sport, Schulsozialarbeit und anderem sinnvoll sein. Die Gymnasien seien jetzt optimal ausgestattet und nun biete sich auch die Chance für die Hauptschule, die Realschule und die Förderschule. Eine Verlegung der Braith-Grundschule könne man sich vorstellen, beispielsweise dass die Kindertagesstätte und der Hort wieder zusammengeführt würden und damit auch Ersatz für die entfallende Sporthalle bestünde. Die Stadt könne natürlich nur die baulichen Voraussetzungen für künftige Entwicklungen schaffen, sprich ein räumliches Bildungszentrum als optimale Hülle. Dies stelle einen enormen Standortvorteil für die Stadt dar und die Schüler profitierten von der Zusammenführung der Bereiche Schule, Sport und Kultur. Voraussetzung seien eine sachliche Herangehensweise sowie Kooperationsbereitschaft.

StR Zügel fordert Lehrer, Schüler und Eltern auf, in den Meinungsbildungsprozess einzusteigen. Die Freien Wähler gingen davon aus, dass die neue Realschule in räumlicher Nähe zu den bestehenden Schulen errichtet werde, aber eine organisatorische Trennung erfolge, egal an welchem Standort gebaut werde. Die Schule müsse ihr Profil erhalten. Neu sei, dass die Stadt als Schulträger im Rahmen der Baumaßnahme inhaltliche und politische Entscheidungen treffen solle, die weit über den Neubau hinausreichten. Hierzu sei schnell ein Entscheidungsfindungsprozess erforderlich und er gehe davon aus, dass in der Sommerpause die Fraktionen entschieden, wo die neue Realschule gebaut werde und was mit der Inklusion der Förderschule geschehe. Er vermisst beim Gutachten einen Blick zum BSZ und eine emotionale Mitnahme/Überzeugung der Betroffenen. Auch fehle eine Entscheidung zur künftigen Nutzung von Gebäuden wie der Braith-Grundschule.

Nach Meinung der Freien Wähler solle alles sehr flexibel sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt präferiere man Standort B deutlich gegenüber Standort A, wolle jedoch die Prüfungsergebnisse abwarten. Folgekosten und wie diese vermindert werden könnten müsse man immer beachten. Da die Entscheidung für den Neubau gefallen sei, stehe man in Konkurrenz zum Umland und es ergäben sich Auswirkungen auf die Hauptschulen der Nachbarorte.

Herr Krämer-Mandau erwidert, vom BSZ sei die Stadt nicht der Träger. Man hätte einige allgemeine Anmerkungen zu diesem Thema, der Schnitt zwischen BSZ und allgemeinbildenden Schulen sei jedoch so groß, dass leider kaum vernünftige Übergangspositionen vorhanden seien. Standort C sei denkbar, man polarisierte aber dann an einem Punkt, wo kaum ein sinnvoller Übergang möglich wäre.

StR Späh führt aus, niemand könne die nächsten zehn bis zwanzig Jahre der Entwicklung der Schullandschaft absehen. Ein Bestandsschutz der Grundschulen erscheint ihm wichtig. Die Nähe des Neubaus der Realschule zu anderen Schulen sei richtig und auch, von einem räumlichen Bildungszentrum zu sprechen. Dieses biete Entwicklungsmöglichkeiten. Der Ganztagesbetrieb und die hierfür erforderlichen Partner seien wichtig und es gelte alles zu berücksichtigen. Die Inklusion sei schon relativ weit gediehen, weshalb man sie räumlich auf den Weg bringen müsse, damit sie in fünf bis zehn Jahren umgesetzt werden könne. Die Vorschläge im Schulentwicklungsplan bezeichnet er als sehr gut. Zum Standort der neuen Realschule hätten die Grünen zunächst sehr mit Standort A geliebäugelt wegen der Nähe zum ÖPNV. Es seien jedoch noch viele Fragen zu klären. Die Realschule in der Mitte zwischen Gymnasien und Hauptschule fände er positiv, man wolle jedoch die Untersuchungsergebnisse abwarten. Viele Entwicklungen seien offen, insbesondere die des Umlandes. Man müsse eine breite öffentliche Diskussion ohne Scheuklappen in Gang setzen und Mut haben, die Zukunft zu gestalten.

Auch StR Funk sieht eine seltene Chance für den Gemeinderat. Die FDP sei sehr zufrieden, wie dieses sehr komplexe Thema angegangen werde. Es sei ein Höchstmaß an Flexibilität erforderlich, da eine sehr langfristige Entscheidung getroffen werde. Er zeigt sich zufrieden, dass die Standorte A und B offen diskutiert und geprüft würden. Die FDP werde den Prozess sehr positiv begleiten. Dabei könnten die Gutachten aber nur eine Richtschnur darstellen.

OB Fettback stellt klar, was die Musikschule betreffe, halte man natürlich am Neubau fest. Es stelle sich jedoch die Frage der Zukunft des Pestalozzi-Hauses.

StRin Goeth führt aus, bei den Gymnasien werde sehr stark der Campus-Gedanke gepflegt. Sie fragt, ob die Realschule auch derartiges für sich beanspruchen könnte. Beim Standort A könne eventuell eine Realschule ohne Mensa gebaut werden, sei im Schulentwicklungsplan zu lesen. Sie fragt, ob dies von den Schülerzahlen her wirklich möglich wäre. Ferner gibt sie zu bedenken, dass die Förderschüler bestimmte Sozialleistungen erhielten und wirft die Frage auf, ob diese zusätzlichen Leistungen an einem anderen Standort entfielen. Da das BSZ auch Gymnasien aufweise, wären die dortigen Zahlen wichtig gewesen.

Herr Krämer-Mandau führt aus, man schlage vor, die Realschule im räumlichen Bildungszentrum zu erstellen. Mit den unterschiedlichsten Vorgaben sei alles organisierbar. So könnte beispielsweise nur eine Aula gebaut oder eine Mensa mit Aulafunktion erstellt werden. Die Auslastung der Mensen sei meist nicht so groß, dass kein Platz mehr sei. Was Zusatzleistungen betreffe, sei das Land Baden-Württemberg sehr verlässlich und er gehe davon aus, dass im Falle einer Inklusion darüber verhandelt werden könnte, diese Zusatzleistungen zu übernehmen. Das BSZ sei natürlich hoch interessant, man benötige aber die gesamten Daten für eine Beurteilung. Die Aufgabenstellung sei sehr konkret für eine sehr kurze Zeit definiert gewesen, innerhalb derer man nicht mehr habe untersuchen können. Bisher bestehe eine Pädagogik des Verlierens, da keine vernünftigen Übergaben beim Schulwechsel stattfänden.

OB Fettback bestätigt, dass die Mensa momentan mehr Schüler bedienen könnte. Würden alle Schüler das Angebot nutzen, wäre die Mensa eventuell nicht ausreichend, eine Aufrüstung sei jedoch denkbar. Entscheidender sei für ihn die ÖPNV-Anbindung.

Herr Krämer-Mandau meint, die Realschule alleine in einem Campus würde ihr Selbstverständnis beschädigen, da sie nicht ohne Kooperation mit den Gymnasien und der Hauptschule vorstellbar sei. Irgendwann benötige man einen Ganztagesbetrieb aus einer Hand für alle Schulen.

StR Kolesch gefällt, dass bei allen Sofort-Entscheidungen noch eine gewisse Offenheit gegeben sei. Ein Bildungszentrum könne sich entwickeln, wenn die Schule errichtet sei. Man benötige eine sechszügige Realschule, egal ob dies voll bezuschusst werde oder nicht. Er finde es nicht gut, dass aufgrund der Zuschüsse eine vorschnelle Entscheidung zur Förderschule getroffen werden solle. Er könnte sich auch vorstellen, dass der Prozess zurückschlage, da Förderschüler in großen Klassen schlechter gefördert werden könnten. Eine spezielle Förderung in einem spezifischen Umfeld sei für Förderschüler unter Umständen besser und dies werde unter Umständen auch so von den Eltern erkannt. Er wünscht sich, dass aufgezeigt werde, wie diese Entwicklung doch möglich bleibe, ohne sich schon jetzt zur Förderschule entscheiden zu müssen. Andere Sonderschulen würden im Schulentwicklungsplan nicht berücksichtigt. Man müsse auch die Rückwirkung auf die Braith-Grundschule sehen. Sehr gewundert habe er sich, dass die Schnittstelle zu den beruflichen Schulen als sehr problematisch dargestellt werde, da er persönlich andere Erfahrungen in verschiedenen Funktionen habe. Seines Wissens würden viele Angebote sehr rege genutzt und er bittet die negative Darstellung zu begründen.

Herr Krämer-Mandau stellt klar, man habe die Berufsschule nicht behandelt und er habe nur auf Zwischenfragen geantwortet. Dabei habe er nur von allgemeinen Erfahrungen gesprochen. Die Untersuchung des BSZ sei nicht Gegenstand des Gutachtens gewesen. Im Schuljahr 2010/2011 beginne die Hauptschule eine große Kooperation mit der Förderschule. Man werde es daher ohnehin erleben, dass die Förderschule immer stärker nach außen gehe. Diese Entwicklung nehme der Schulentwicklungsplan nur auf. Minister Rau habe erklärt, dass Wahlfreiheit für die Eltern bestehe. Wenn nur manche Kinder nicht mehr die Förderschule besuchten, habe sie in ihrer jetzigen Form keinen Bestand. Wenn schon Kooperation stattfinde, dann müsse man sich fragen, warum sie nicht in direkter Nähe erfolgen solle.

StR Weber meint, das Bischof-Sproll-Bildungszentrum habe schon jetzt den Gedanken eines Bildungszentrums aufgenommen. Entscheidend sei das Wohl der Kinder. Für ihn seien kleinere Einheiten immer gesünder.

Herr Krämer-Mandau stellt auf Frage klar, dass das Land anerkenne, dass die Realschule sechszügig sein müsse und dass dies langfristig der Fall sein werde. Insgesamt seien für die Haupt- und die Realschule acht Züge vorzuhalten, weshalb im Neubau nur fünf Züge errichtet werden müssten. Wenn man Hauptschule und Förderschule nicht zusammenbringe, würden die Räume in der Hauptschule angerechnet. Wollte man eine sechszügige Realschule gefördert bekommen, sollte der Schritt zur Förderschule zeitgleich erfolgen. Er würde keine Kopplung vorschlagen, wenn er einen anderen Ausweg sehen würde. Daher sollte noch 2009 die Entscheidung zur Förderschule getroffen werden.

Zur Zeitachse lässt BM Kuhlmann wissen, die Grundsatzentscheidung zum Raumprogramm sei noch 2009 erforderlich und im Frühjahr 2010 könne dann die Feinjustierung erfolgen.

StR Keil bemerkt, es fänden vermehrt Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungssträngen statt, weshalb die Bildungseinrichtungen immer mehr Angebote für möglichst viele Schüler gleichzeitig vorhalten müssten. Man müsse Pädagogik und Architektur verknüpfen und sich möglichst an einem Standort konzentrieren.

StR Späh appelliert, den Mut zu haben, die Grundsatzentscheidung zur Förderschule frühzeitig zu treffen. Veränderungen fänden ohnehin statt.

Herr Krämer-Mandau lässt noch wissen, viele Schüler kämen aufgrund von Akzeptanzproblemen nicht an die Förderschule. Dies würde sich im Falle der Inklusion verbessern. Eine schrittweise Annäherung an die Regelschulen sei daher sinnvoll und dies vorsichtig zu begleiten.

Damit hat der Gemeinderat vom Schulentwicklungsplan Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 130/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 02.07.09.

BM Kuhlmann erläutert die verschiedenen Standorte am Plan. Die Vorbewertung sei erfolgt, nun müsse eine genauere Prüfung erfolgen. Man habe Arbeitsmodelle erstellt, wie das Volumen grundsätzlich auf den Grundstücken dargestellt werden könne. Grundlage sei dabei eine sechszügige Schule gewesen. Der Neubau sei auf dem Grundstück am Standort A möglich, allerdings ohne Sporthalle, die auf angrenzenden Grundstücken untergebracht werden müsse. Der Verkehr habe natürlich Auswirkungen auf die Nachbarschaft, weshalb man die Situation in den nächsten zwei Monaten gutachterlich betrachten wolle. Im September werde man darstellen, ob die Nutzungskonflikte bewältigt werden könnten. Frage sei auch die Belastbarkeit des ÖPNVs. Das Volumen könne am Standort B unter Aufgabe des Kunstrasenplatzes inklusive einer Sporthalle untergebracht werden und man hätte dann noch Freiflächen. Hier sei die Frage des ÖPNVs entscheidend und müsse aufbereitet werden. Man habe versucht, die Gebäude möglichst nach Westen zu rücken, um den Grünzug an der Bahn möglichst freizuhalten. Am Dienstag in zwei Wochen finde die Bürgeranhörung statt, bei der man offensiv informieren und den Bürgerinnen und Bürgern zwei Wochen Zeit gebe, ihre Anregungen und Bedenken vorzubringen. Dies sei dann Abwägungsgrundlage für den Gemeinderat. Parallel beteilige man die Träger öffentlicher Belange. Die Entscheidung sei im September erforderlich, um den Zeitplan einhalten zu können.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

In der weiteren Planung werden die Standorte „Adenauerallee/Breslaustraße“ [1] und „ehemaliges Hallenbad“ [2] als Standorte für den Neubau weiter untersucht.

Anschließend wird die Sitzung von 19:30 Uhr bis 19:55 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** angeschlossenen Drucksachen Nrn. 65/2009 und 65/2009-1 zur Entscheidung vor. Die Vorberatung erfolgte zuletzt im Hauptausschuss am 06.07.09, ohne dass eine Beschlussempfehlung abgegeben wurde.

StR Hagel bemerkt, diese Ausstattung sei nicht notwendig, da andere Lösungen möglich seien. Er wisse, dass die Verwaltung anderer Meinung sei. Einige Mitglieder der CDU-Fraktion würden zustimmen.

StRin Drews führt aus, man habe eine Einweisung in das System erhalten und den Nutzen erkannt. Die Stadtbücherei habe viele Auszeichnungen erhalten und sei auf dem richtigen Weg, den man weiter unterstützen wolle.

StR Zügel meint, man entscheide sich für die günstigere Alternative, was in diesem Fall das Board sei, weshalb man der Vorlage zustimme.

StR Gehring signalisiert die Zustimmung der Grünen, da man sich für eine zukunftsfähige Lösung entscheiden wolle.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen (StRe Aßfalg, Deeng) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Sperrvermerk über 5.000 € wird aufgehoben.**
- 2. Um die Führungen für Schulklassen nachhaltig zu verbessern, werden ein Smart Board sowie zwei fest installierte Beamer beschafft. Dafür werden incl. der bereits reservierten Summe (Sperrvermerk) insgesamt 6.000 € zur Verfügung gestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 124/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.07.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Präsenzdienst am Bahnhof und in anderen Bereichen der Stadt Biberach soll um weitere 2 Jahre, bis zum 31. 12. 2011, verlängert werden.**
- 2. Die Kosten betragen jährlich 35.000 Euro und werden auf HHSt. 1.1100.634000.4 bereitgestellt.**
- 3. Mit der Durchführung des Präsenzdienstes wird der Dornahof beauftragt. Der bisherige Überwachungsumfang soll beibehalten werden.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 129/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.07.09.

OB Fettback wiederholt seine dort getätigte **Zusage**, jährlich über die Situation, insbesondere die thermische Solarförderung und die Wärmedämmung zu informieren. Sollten sich gravierende Änderungen ergeben, komme man unaufgefordert auf den Gemeinderat zu.

StR Kolesch führt aus, man gehe konform mit dem FDP-Antrag. Wenn formal öffentlich kund getan werde, unaufgefordert auf den Gemeinderat zuzukommen, sei dies gut. Die CDU-Fraktion sei immer für das Förderprogramm gewesen und habe Wert darauf gelegt, dass der Schwerpunkt auf der Wärmedämmung liege, da dies die effizienteste Form der Energieeinsparung und Umweltschutzförderung sei. Man komme in Bereiche, wo man gar nicht mehr um bestimmte Maßnahmen herumkomme, es handle sich also bei vielem um keine Freiwilligkeitsmaßnahme mehr, sondern um gesetzlich vorgegebene Maßnahmen. Er meint, die Vorberatung hätte im Bauausschuss erfolgen müssen, da der Umweltschutz zum Geschäftsbereich des Bauausschusses gehöre. Man solle entweder die Hauptsatzung ändern, oder wie im Haushalt vorgehen und derartige Themen in beiden Ausschüssen beraten.

StRin Drews zeigt sich froh, dass für Bürger finanzielle Anreize geschaffen würden, derartige Maßnahmen anzugehen. Auch wenn es sich teilweise um kleinere Beträge handle, wolle man dies nicht missen. Dass Altbauten nicht in gleichem Maße gefördert werden könnten sei schade, eine Nachrüstung jedoch oft zu teuer. Zuschüsse seien daher gerechtfertigt. Sie wünsche sich eine ergänzte Vorlage mit Anregungen, wie Gebäude in der Innenstadt gefördert werden könnten, wo bislang beispielsweise keine Solarnutzung möglich sei.

StR Zügel meint, salomonisch wäre eine Behandlung in beiden Ausschüssen. Da es inhaltlich um Finanzen gehe, sei die Behandlung im Hauptausschuss richtig.

StR Funk erinnert daran, dass das Förderprogramm auf einen FDP-Antrag zurückgehe. Man wolle jedoch Mitnahmeeffekte vermeiden. Er bezeichnet Wärmedämmzuschüsse teilweise als negative Abwrackprämie, da sonst vielleicht manches alte Gebäude abgerissen würde. Er wolle nicht nur, dass der Mittelabfluss dargestellt werde, sondern dass die Verwaltung überprüfe, wenn Programme sich veränderten. Der Antrag bleibe daher bestehen.

OB Fettback betont, man werde jährlich einen Bericht zu den Haushaltsplanberatungen über den Mittelabfluss liefern. Sollten sich dramatische Veränderungen ergeben, werde man zeitnah informieren.

Es findet keine Abstimmung über den FDP-Antrag statt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Das Umweltschutz-Förderprogramm wird in der bisherigen Art und Weise fortgeführt.**
- 2. Die Mittelausstattung ist abhängig von der Haushaltslage. Darüber wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 127/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 02.07.09.

BM Kuhlmann erläutert kurz die Planung und verdeutlicht, dass keine günstigere Lösung möglich sei. Hauptgrund für die Kosten sei die Beschaffenheit des Untergrundes. Es würden auch Poller im Bereich des Wieland-Parks geschaffen, die wildes Parken unterbinden. Von der Maßnahme profitieren die benachbarte KSK immo. Sie erkenne diese Vorteile und prüfe eine Kostenbeteiligung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat mit zwei Nein-Stimmen (StRinnen Drews, Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der vorliegenden Planung für die Buswartehalle vor dem Landratsamt (Saudengasse) wird zugestimmt.**
- 2. Bei HHSt. 2.6300.951401.6/300 (Ausbau Sandbergstraße) werden 10.000 € zur Bewirtschaftung gesperrt.**
- 3. Bei HHSt. 2.7920.962011.6/100 (Buswartehalle Behördenzentrum) werden 10.000 € überplanmäßig bereitgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 120/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 02.07.09.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein. Man habe sich auf die energetisch erforderlichen Maßnahmen beschränkt und sehe momentan keine weiteren Verschönerungsmaßnahmen vor. Es handle sich um keine Generalsanierung, sondern nur um eine energetische Optimierung.

StR Kolesch spricht sich für die Sanierung aus und meint, die grundsätzliche Zustimmung zu den Maßnahmen habe man bereits erteilt. Es sei gut, dass als Nebeneffekt eine äußerlich bessere Gestaltung und eine funktionale Verbesserung durchgeführt werde. Man hätte sich auch die Erneuerung der Bodenbeläge vorstellen können, verzichte angesichts der Entwicklung der Haushaltslage jedoch hierauf.

StRin Drews erinnert an den Antrag, die Solarnutzung auf Dächern städtischer Gebäude zu prüfen, worauf Herr Kopf antwortet, auf das alte Dach könne man keine Solaranlage setzen. Man werde dies im Zuge der Dacherneuerung prüfen.

StRin Brunner findet es gut, dass etwas an der alten Halle gemacht werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Maßnahmen werden in der in Drucksache Nr. 120/2009 dargestellten Form durchgeführt.**
- 2. Der Kostenschätzung mit einer Gesamtsumme in Höhe von 1.565.000,- € wird zugestimmt.**
- 3. Die Finanzierung erfolgt durch die bewilligten Zuweisungen aus dem Investitionsprogramm in Höhe von 1.069.436,- €.
Die Finanzierung des Eigenanteils der Stadt Biberach in Gesamthöhe von 495.564,- € erfolgt im Haushaltsjahr 2009 durch eine außerplanmäßige Entnahme aus der Allg. Rücklage in Höhe von 120.000,- € und durch die Übertragung eines Haushaltsrestes aus dem Jahr 2008 auf HHSt. 2.5614.940000.6-100 von 30.000,- €.
Die Kosten des verbleibenden städtischen Eigenanteils für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 345.564,- € werden auf HHSt. 2.5614.940000.6-100 bereitgestellt.**
- 4. Die weiteren Planungsleistungen werden wie folgt beauftragt:
Architektenleistungen an das Büro Günter Schmitt und Dominik Poss, Biberach
Planung HLS an das Ingenieurbüro Dr. Berndt, Kirchheim/Teck
Planung E-Technik an das Ingenieurbüro Neher Butz, Konstanz/Neu-Ulm**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 132/2009 zur Beschlussfassung vor. Der Hauptausschuss hat das Thema in seiner Sitzung am 06.07.09 vorbereitet. Die geänderte Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 132/2009-1 dargelegt, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Abele bezeichnet die Gebührenanpassung als moderat. Landesweit strebe man eine Gebührenbefreiung an, jetzt sei jedoch nicht der Zeitpunkt, dies zu diskutieren. Bei allen Modellen müsse man jedoch immer prüfen, ob sie funktionierten, was bei der Härtefallregelung nicht der Fall sei. Daher habe man eine Erhöhung der Einkommensgrenzen beantragt und sei dankbar, dass der Hauptausschuss diesem Antrag gefolgt sei. Man hoffe nun, dass bedürftige Schichten mehr in den Genuss dieser Regelung kämen.

StRin Kübler führt aus, die SPD-Fraktion fordere seit mindestens drei Jahren eine Gebührensenkung und habe verschiedene Varianten hierzu vorgestellt, die aber nie eine Mehrheit gefunden hätten. Ein Einsatz auf Landesebene wäre optimal, erforderte aber entsprechende Aktivitäten der CDU-Fraktion. Sie meint, ein erneuter Vorstoß der Verwaltung auf Landesebene wäre erforderlich, um durch Gebührenfreiheit gleiche Chancen für alle zu erreichen. Man sei daher gegen die Gebührenanpassung. Gerne stimme man jedoch der Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Härtefallregelung zu, deren Einführung ursprünglich von der SPD-Fraktion gefordert worden sei. Die geringe Inanspruchnahme würde froh stimmen, wenn es an fehlender Armut liegen würde, was jedoch nicht der Fall sei. Man müsse mit den Kindergartenleitungen ins Gespräch kommen und auch die Zahlen in Erfahrung bringen, bei denen das Sozialamt die Kosten übernehme. Sie beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags.

StRin Vollmer bezeichnet die Erhöhung angesichts der Freien Wähler als moderat und signalisiert Zustimmung. Sie fragt, wie die Kirchen zu der Regelung stünden.

OB Fettback antwortet, die Kirchen stimmten der Gebührenanpassung zu, da sie über die Landesverbände laufe. Die Einstellung zur Härtefallregelung sei unbekannt.

StR Späh signalisiert die Zustimmung der Grünen. Man behalte sich aber vor, längerfristig einen Verzicht auf Kindergartengebühren zu verlangen. Man dürfe nicht ewig auf eine Landesinitiative warten. Der Erhöhung der Einkommenssätze für die Härtefallregelung stimme man zu und hoffe, dass die Zahl der Inanspruchnahme steige.

StR Funk kündigt die Zustimmung der FDP zur Vorlage und zur Ergänzungsvorlage an. Man müsse Sorge tragen, dass die Härtefallregelung von den Betroffenen in Anspruch genommen werde. Dann müsse aber auch ein vernünftiges System, orientiert an der Kinderzahl und ähnlichem entwickelt werden. Jetzt sei dieses sehr oberflächlich. Die FDP bleibe beim Vorschlag der Bildungs- und Betreuungsgutscheine, damit alle Familien in den Genuss von Vergünstigungen kommen könnten. Der Deckungsbeitrag der Kindergärten sei ohnehin sehr gering.

OB Fettback gibt zu bedenken, die Arbeitgeber hätten eine Tarifierhöhung für Kindergärtnerinnen von 17 % angeboten. Man müsse sehen, mit dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden einen Schritt weiterzukommen.

EBM Wersch **sagt zu**, einmal über die Härtefallregelung zu berichten und die Gründe für die geringe Inanspruchnahme mit den Erzieherinnen zu sondieren.

StRin Drews meint, ein guter Kindergarten müsse auch etwas wert sein, weshalb man für Gebührenfreiheit wie in den Schulen sei. Dadurch erreiche man die erforderliche Grundbildung. Als reiche Stadt stünde es Biberach gut an, hier Vorreiter zu sein.

Mit 6 Nein-Stimmen (StRe Buttschardt, Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen wird Ziffer 1 zugestimmt. Ziffer 2 wird einstimmig zugestimmt. Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002 wird - wie in Anlage 1 von Drucksache Nr. 132/2009 dargestellt - beschlossen.**
- 2. Die Einkommensgrenzen für die Härtefallregelung bei den Kindergartengebühren werden ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 für Alleinerziehende von 24.000 € auf 30.000 € jährlichem Bruttoeinkommen und für Verheiratete von 28.000 € auf 35.000 € jährlichem Bruttoeinkommen erhöht.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 136/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Späh fragt, um was für ein Waldprojekt es sich handle.

Es kann niemand in der Sitzung Auskunft geben.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 136/2009 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 137/2009 zur Information vor.

OB Fettback führt aus, die Wende sei eingeläutet und man verzeichne eine deutliche Veränderung, aber keine 180 Grad-Wendung. Die Wirtschaftskrise sei auch bei weiten Teilen der Biberacher Unternehmen angekommen. Den Haushaltsplan 2009 habe man schon unter der Prämisse ausgestellt, dass der Boom des Jahres 2008 so nicht weitergehe und habe Unsicherheiten der Unternehmenssteuerreform berücksichtigt. Deshalb habe man in der Vergangenheit auch Rücklagen gebildet und manche Investitionen vorgezogen. Man habe das große Glück, dass viele Unternehmen vor Ort seien und dass der wesentliche Steuerzahler von der Krise noch nicht betroffen sei. Die Prognose gehe jedoch von deutlich weniger Gewerbesteuereinnahmen aus und man falle auf das Niveau der Jahre 2003/2004 zurück. Seit gut vier Wochen habe man die Situation in der Verwaltung thematisiert. Auch EBM Wersch sei der Auffassung, dass eine Haushaltssperre nicht das richtige Instrument wäre. Die Ämter seien jedoch aufgefordert, bereits 2009 Einsparungen zu benennen und zu diskutieren, ob einzelne Maßnahmen gestreckt werden könnten. Diese Aufträge seien überwiegend erledigt und man werde nach den Sommerferien eine Vorlage hierzu unterbreiten. Er bezeichne es als wichtig, den Prozess offen, ehrlich und transparent anzugehen. Weiter werde der Gemeinderat momentan nicht belastet, sondern man werde dies im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 besprechen. Man könne in den nächsten Jahren noch politisch gestalten und habe eine tolle Ausgangslage.

EBM Wersch bemerkt, die Entwicklung sei noch nicht genau bekannt und ebenso die Höhe der Minuseinnahmen. Man gehe davon aus, dass Einsparungen erreichbar seien, die das Problem minderten und die Einbußen in Grenzen hielten. Man habe keine Haushaltssperre erlassen. Man müsse wissen, dass man die Rücklagen in den Jahren 2004 bis 2008 um rund 133 Mio. € verbessert habe, die nun als Liquiditätsreserve zur Verfügung stünden. Die Entwicklung der Einnahmen werde sich außerordentlich bescheiden darstellen. Die Gewerbesteuereinnahmen würden auf die Höhe der Jahre 2003 bis 2005 zurückgehen, weshalb die Liquiditätsreserve weitgehend angegriffen werden müsse. Bezüglich der Einkommensteuererwartungen und der Höhe der Kreisumlage sei noch vieles unwägbar. Man benötige in der Verwaltung einen Geist, der ein Umsteuern erkenne. 2005 haben man im Rahmen der Konsolidierungsklausur über Vorsorge gesprochen.

Als Fazit stellt er fest, mit der getroffenen Vorsorge und engagierten Konsolidierungsbemühungen werde man hoffentlich in der Lage sein, die Situation zu bewältigen.

StR Funk meint, 2009 sei man noch mit einem blauen Auge davongekommen. Die FDP habe immer gesagt, man werde die Situation durchstehen. Deutlich müsse zwischen Konsum- und Unterhaltungsausgaben unterschieden werden. Man dürfe nicht Maßnahmen, von denen man überzeugt sei, streichen. Zum Haushalt 2010 müsse man alles notieren, wo Reserven bestünden. Frau Leonhardt bezeichne er als „Goldstück“, da sie genau das zu den Geldanlagen geliefert habe, was er immer gefordert habe.

EBM Wersch erwidert, dieser „fruchtlose Baggerversuch“ sei zu Protokoll genommen und ins Gehirn eingebrannt.

StR Dullenkopf dankt für die Informationen. Zum Haushalt 2010 werde man sicher eine Aufstellung erhalten, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren anstünden, wobei große Maßnahmen darunter sein würden. Er nennt die Bereiche Kindergärten und Schulen. In den nächsten Monaten müsse man diskutieren, wozu man 100 Mio. € Rücklagen gebildet habe. Die Rückstellungen seien tabu. Im Jahr 2005 habe man nichts von Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 120 Mio. € gewusst und erklärt, dass man Rücklagen wolle, die für mindestens zwei Jahre ausreichen. Man könnte daher überlegen, nun erst einmal so zu tun, als wäre nichts geschehen. Man werde die Realschule bauen, selbst wenn man sich hierzu verschulden müsse. Grundsatzüberlegungen seien im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erforderlich.

Auch StRin Kübler meint, Panikmache wäre falsch. Die Lage sei schwierig aber nicht dramatisch. Vorausschauend habe man ausreichend Vorsorge getroffen in den guten Jahren. Man sei in den letzten Jahren mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen verwöhnt worden. Sich nun auf das Notwendige zu beschränken falle sicher schwer und erfordere von allen Disziplin. Viele Maßnahmen seien bereits beschlossen. Sie bezeichnet es als wichtig, dass Bildung und Betreuung weiterhin erste Priorität genossen.

StR Zügel stellt eine Schieflage der Diskussion fest. Es sei nicht so, dass man vorausschauende Planung durch Rücklagenbildung getroffen habe. Der Gemeinderat habe es vielmehr nicht geschafft, den Verwaltungshaushalt so zu verändern, dass er nicht defizitär sei. Die Struktur des Verwaltungshaushalts müsse angegangen werden. Die Rücklagen seien für Investitionen gedacht. Er fragt, ob von weiter sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen ausgegangen werde, was EBM Wersch zum aktuellen Stand verneint.

OB Fettback erinnert an den umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Konsolidierung des Haushalts vor einigen Jahren, der gescheitert sei.

StR Späh bezeichnet es als gut, dass keine Haushaltssperre erlassen werde. Die fetten Jahre seien vorbei, man habe aber noch die Rücklagen als Polster. Auch er meint, der Verwaltungshaushalt müsse stabilisiert werden.

StR Funk hält die Aussagen von StR Zügel für nicht richtig. Die Rücklagen seien über den Verwaltungshaushalt verdient worden. Allenfalls die geplante Rücklagenzuführung sei nicht ausreichend gewesen, das letztendliche Ergebnis dann aber schon.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 118/2009 zur Information vor.

OB Fettback begrüßt den Vorstand des Vereins Lilienthal. Man wisse von dessen guter Arbeit und habe vereinbart, den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis zu nehmen. Dass es zu keinen Wortmeldungen komme, sei das größte Kompliment.

Es wird applaudiert.

Damit hat der Gemeinderat vom Geschäftsbericht 2007/2008 des Vereins Lilienthal e. V. Kenntnis genommen.

TOP 15.1 Verschiedenes: Praxisjahr

StRin Drews fragt, wann eine Entscheidung zum Praxisjahr gefällt werde. Die Studenten warten.

OB Fettback erwidert, dies sei nicht von städtischen Zuschüssen abhängig. Heute habe ein Gespräch mit den betroffenen Rektoren stattgefunden und Missverständnisse seien aufgeklärt. Man habe einmal einen Pauschalzuschuss in Höhe von 10.000 € gewährt, der für die Jahre 2009/2010 gesplittet werden solle. Ferner sei eine Aussage zur Studentenunterbringung im Nägele-Haus erforderlich, die man für ein Jahr fortsetzen wolle. Eine Vorlage werde im September oder Oktober vorgelegt.

TOP 15.2 Verschiedenes: GymFestival

StR Zügel bezeichnet das GymFestival als eine der lautstärksten Veranstaltungen der letzten Jahre. Man sei von Freitag, 9 Uhr früh bis Sonntag 12 Uhr beschallt worden. Die Spitze habe am Samstagabend um 22 Uhr stattgefunden, als bei geschlossenen Fenstern die Gläser auf dem Tisch vibriert hätten. Die Marktplatzkulisse möge grandios sein, es habe jedoch keine Rücksichtnahme stattgefunden.

OB Fettback gibt die Klage weiter. Ein solches Festival werde man die nächsten Jahre bestimmt nicht mehr haben. Man wolle traditionelle Veranstaltungen halten und unterstützen, wozu beispielsweise auch IBOT gehöre. So toll das GymFestival gewesen sei, so habe er doch den Eindruck, dass man an die Grenzen des ehren- und hauptamtlich Leistbaren gestoßen sei. Bezüglich der Hauptamtlichen gelte dies für das Baubetriebsamt oder auch beispielsweise sein Sekretariat.

StR Kolesch lobt den tollen ehrenamtlichen Einsatz und auch den städtischen Einsatz. Angesichts des Kosten-Nutzen-Verhältnisses müsse man feststellen, dass verhältnismäßig wenig Besucher in die Stadt gekommen seien. Hierfür habe man zwei Personen 18 Monate zusätzlich beschäftigt. Die tollen Vorführungen seien wenig besucht gewesen und dafür habe man 200.000 € ausgegeben. Vor allem seien die Teilnehmer der Gruppen Besucher der anderen Veranstaltungen gewesen. Eine Aufarbeitung dieses Themas sei erforderlich, um bei künftigen Anfragen zu wissen, wie man entscheiden solle.

OB Fettback antwortet, viele Kosten würden durchgerechnet. Eine Abrechnung werde vorgelegt. Er sei guter Hoffnung, dass man unter 90.000 € Direktzuschuss bleiben werde.

TOP 15.3 Verschiedenes: Abwassergebühren

StR Kolesch erinnert an den Beschluss zu den Abwassergebühren, bei dem er die Anfrage bezüglich der Nachrichtenmeldungen gestellt habe, wonach keine Gebühren für das Gießwasser erhoben werden dürften. Bislang habe er von der Verwaltung keine Antwort erhalten. Das Thema interessiere jedoch viele brennend. Man wolle nicht, dass es so gehe wie mit Google Earth. Dieses Thema habe er aufgebracht und dann sei er nicht einmal auf der Vorlage genannt worden.

BM Kuhlmann antwortet, das VGH-Urteil sei eindeutig und die Biberacher Satzung müsse angepasst werden, da sie nicht mehr stichhaltig sei. Die Änderung sei in Arbeit.

TOP 15.4 Verschiedenes: Außentüren Stadthalle

StR Braig spricht die Sanierung der Außentüren der Stadthalle an, die im Konjunkturprogramm II enthalten seien. Laut Expertenaussage handle es sich um Mehrbautüren, deren Austausch nicht nötig sei. Eine ordentliche Verglasung und Nutenfräsung sowie eine Isolierung wäre ausreichend. Wenn möglich solle man dies tun und hätte dann 75.000 € übrig, die für andere, sinnvolle energetische Maßnahmen ausgegeben werden könnten.

Herr Buchmann erwidert, man habe seit Jahren Probleme mit diesen Türen. Sie seien extrem verzogen, weshalb eine neue Verglasung und Verdichtungsfugen nicht ausreichend wären.

TOP 15.5 Verschiedenes: Schlussworte des ersten ehrenamtlichen Stellvertreters des Oberbürgermeisters

StR Wiest bemerkt, die Gemeinderatssitzung am 27.07.09 stehe schon unter dem Vorzeichen des neuen Gemeinderats und heute habe man die letzte Arbeitssitzung in der alten Besetzung. Der alte Gemeinderat wolle diese Sitzung daher nutzen, am Ende einer arbeitsreichen Legislaturperiode der Verwaltung, den Dezernenten, Amtsleitern und allen Mitarbeitern großen Dank auszusprechen für das konstruktive Miteinander. Man habe große Investitionen getätigt, beispielsweise in das Hallenbad und die Schulen, aber auch kleinere Investitionen, beispielsweise in die Sporthallen. 80 Mio. € seien in die Baumaßnahmen investiert worden, nicht zuletzt aufgrund des großen Geldsegens durch die Gewerbesteuererinnahmen. Das Wieland-Archiv sei gesichert und die Wieland-Stiftung gegründet worden. Man habe zwei neue Dezernenten und eine Reihe neuer Amtsleiter. Dies alles sei in ca. 250 Sitzungen, also ca. 50 pro Jahr beschlossen worden, wobei man 1.150 Vorlagen erhalten habe, die rund 25 Ordner füllten. Die Geschäftsstelle des Gemeinderats sei dafür verantwortlich, dass man diese Unterlagen immer erhalte und ihr sei insbesondere für die sehr effektive Zusammenstellung der Haushaltsanträge zu danken. Dann habe sie noch die Wahlen zu organisieren und Informationsfahrten. Hierfür wolle man danken. Er überreicht Frau Appel und ihren Mitarbeitern Geschenke und es wird applaudiert.

Anschließend wünscht er allen seine Schütze.

StRin Buttschardt bringt vor, sie beende nach zehn Jahren die Assistenz von Stadtrat Wiest.

Gemeinderat, 13.07.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann